



KREISZEITUNG

Böblinger Bote



Amtsblatt für den Kreis Böblingen
Heimatzeitung für Böblingen, Sindelfingen, Herrenberg, Schönbuch und Gäu

Dienstag, 5. Februar 2019 · Einzelpreis: 1,80 EUR · 194. Jahrgang · Nr. 30 · Postfach 1560 E 1829

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Mit Sektempfang & Musik von Jettis Rose

NEUJAHRSEMPFANG
mit **ROBERT HABECK**

Donnerstag, 7. Februar 2019
Einlass ab 19.00 Uhr, Beginn 19.30 Uhr
Im Congress Centrum Böblingen

In „Holzgerlingen, du mein Zufluchtsort“ lässt Filmemacher Antonio Lallo jene zu Wort kommen, die Flucht oder Vertreibung erlebt haben. Gezeigt wurde der Film vor viel Publikum in der Holzgerlinger Mauritiuskirche. (Seite 13)

Lokaljournal

Feierliche Eröffnung

Am Böblinger Herman-Hollerith-Zentrum ist das Zentrum für Digitalisierung eröffnet worden. Dieses soll den nächsten drei Jahren mittelständischen Unternehmen beim digitalen Wandel helfen. (Seite 7)

Fahrrad-Hochburg

Magstadt hat beim Landeswettbewerb „Start-up BW local – Gründungs-freundliche Kommune“ einen ersten Platz gemacht. (Seite 9)

Pferdemarkt lockt

Ab Freitag lockt wieder der Leonberger Pferdemarkt. Das fünftägige Event macht die Stadt zum Mekka für Pferdefreunde. (Seite 10)

Wohnwirtschaft diskutiert in Böblingen



Aus allen Teilen Baden-Württembergs sind am Montag Vertreter der Immobilienwirtschaft ins V8 Hotel auf dem Flugfeld geströmt. Auf

dem erstmals stattfindenden Wohngipfel diskutierte die Branche eifrig die Frage nach mehr Wohnraum. Zu Gast war auch die baden-würt-

tembergische Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut sowie zahlreiche Immobilien-Experten. (Seite 7) Foto: Thomas Bischof

Buchwald kehrt dem VfB Stuttgart den Rücken

Rücktritt als Aufsichtsrat – Grund: gestörtes Vertrauensverhältnis

VON DIRK PREISS

STUTTGART. Guido Buchwald (58) kehrt dem VfB den Rücken. „Nach reiflicher Überlegung und einer Nacht ohne Schlaf habe ich entschieden, von meinen Ämtern als Aufsichtsrat der VfB Stuttgart AG und Botschafter des VfB Stuttgart mit sofortiger Wirkung zurückzutreten“, erklärte Buchwald.



Buchwald dpa

Als Grund nannte der Ex-Fußballprofi ein gestörtes Vertrauensverhältnis zu seinen Kollegen im Aufsichtsrat. „Der VfB lag und liegt mir immer am Herzen, und deshalb ist mir der Entschluss auch nicht leicht gefallen.“

Der Weltmeister von 1990 hatte im November mit Kritik an Sportdirektor Michael Reschke Aufsehen erregt.

Wohnungswirtschaft mahnt Politik zur Eile

Auf dem ersten Wohngipfel in Böblingen fordert die Immobilienbranche Erleichterungen bei der Schaffung von Wohnraum

Es war die erste Veranstaltung ihrer Art: Im V8 Hotel der Motorworld trafen am Montag Vertreter der Immobilienwirtschaft auf Landes- und Kommunalpolitiker. Zwischen beiden Seiten herrscht nicht nur Harmonie, wie eine Podiumsdiskussion zeigte: Branchenvertreter verschafften ihren Interessen lautstark Gehör.

VON JAN-PHILIPP SCHLECHT

BÖBLINGEN. Die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist nach wie vor angespannt. Gerade im Kreis Böblingen, wo die Wirtschaft nach wie vor brummt, herrscht eklatanter Mangel auf der Angebotsseite. Die Lage lässt sich nur durch mehr Wohnraum entspannen, sind sich Wirtschaft und Politik einig. Weniger Einigkeit herrscht allerdings über die Frage, wie das am besten geschehen soll. Die Böblinger Immobilienunternehmerin Bärbel Falkenberg-Bahr vom gleichnamigen Immobilienservice veranstaltete zu diesem Thema am gestrigen Montag erstmals einen landesweiten Wohngipfel, um diese Frage mit Vertretern der Politik zu diskutieren. Das Motto: „Schneller mehr Wohnraum schaffen“.

Ihrer Einladung folgten sowohl Vertreter der Immobilienbranche als auch der Politik. Mehr als hundert Gäste aus ganz Baden-Württemberg füllten die Sitzreihen auf der Veranstaltungsfläche im V8 Hotel der Motorworld auf dem Flugfeld. Den Auftakt machte Falkenberg-Bahr, indem sie sogleich den Finger in die Wunde legte: Die Schaffung von mehr Wohnraum sei eine der größten Herausforderungen, vor denen die Politik derzeit stehe. Gleichzeitig sehe sich ihre Branche mit einer ganzen Reihe von ungunstigen Entwicklungen konfrontiert: Von der 27-fachen Erhöhung der Grunderwerbsteuer seit 2007 über die Einführung des Bestellerprinzips im Mietsektor bis hin zur Explosion der Zahl der Bauvorschriften auf derzeit rund 20 000.

Falkenberg-Bahr: „Obwohl die Wohnungswirtschaft eine höhere Bedeutung als die Automobilwirtschaft hat, wird sie weniger wahrgenommen.“ Ihr Appell an die Politik war denn auch unmissverständlich: „Lassen Sie uns Brücken anstatt Hürden aufbauen.“ Den Ball nahm der prominente Gast des Tages auf: Nach Falkenberg-Bahr trat die Landeswirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU) ans Rednerpult. Auch sie hob die Wichtigkeit der Wohnungswirtschaft hervor: „Wir haben schon im Jahr 2016 die Wohnraum-Allianz ins Leben gerufen, um hier Abhilfe zu schaffen.“ In dieser Initiative seien alle Bauvorschriften auf Landesebene auf den Prüfstand gekommen, „um Kostensenkungspotenziale zu identifizieren“, zählte die Ministerin auf. Herausgekommen sei eine Novellierung der für Bauträger so wichtigen Landesbauordnung in einigen Punkten. So könne jetzt mehr bei Baubehörden vor Ort entschieden werden: etwa die Notwendigkeit von Fahrradstellplätzen oder Kinderspielflächen bei Mehrfamilienhäusern.



Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut



Podium mit MdL Tobias Wald, Bärbel Falkenberg-Bahr, MdL Gabriele Reich-Gutjahr und Moderator Peter Unterreiner (v. l.) Fotos: Thomas Bischof

Hintergrund

Forderungen der Wohnungswirtschaft im Überblick

- Auf dem Wohngipfel in Böblingen standen eine Reihe von **Problemstellungen** im Raum, bei denen sich die Immobilienwirtschaft Erleichterungen erhofft
- **Vorschriftsflut:** Branchenvertreter beklagen den sprunghaften Anstieg der Bauvorschriften: an die 20 000 seien es derzeit, hinzu kommen 35 000 DIN-Vorschriften oder -Normen
- Die Erhöhung der **Grunderwerbsteuer** mache das Eigenheim teurer, seit 2007 wurde diese 27-mal angehoben
- In der Landesbauordnung werden bisher bei Neubauprojekten je Wohneinheit eine bestimmte Zahl an überdachten **Fahrradstellplätzen** gefordert, was die Bauten zum Teil deutlich verteuert
- Die Reform der **Grundsteuer** dürfte sich vielerorts auf die Miete durchschlagen, was Wohnen zusätzlich verteuert
- Die **Ausweisung neuer Baugebiete** läuft häufig schleppend, die Wohnungswirtschaft fordert beschleunigte Verfahren
- Der **Artenschutz** und weitere kleinere Vorschriften sollen bei Bauvorhaben früher geprüft werden (jps)

Außerdem wurde das Aufstocken von bestehenden Immobilien erleichtert, „was gerade in der Region Stuttgart viel Potenzial für weiteren Wohnraum schaffen kann“, sagte sie. Gleichwohl räumte Hoffmeister-Kraut ein, dass die Flächenbereitstellung eine „Herausforderung“ sei. Es gelte hier zum Beispiel auch beim Artenschutz nachzubessern, da er viele Bauprojekte unnötig ausbremse. Nach wie vor sei die Situation auch im Landkreis Böblingen angespannt, „obwohl hier zwischen 2013 und 2017 insgesamt 7500 Wohnungen entstanden sind.“

Die darauffolgende Podiumsdiskussion zum Thema moderierte der Fachjournalist Frank Peter Unterreiner vom Branchenmagazin Immobilienbrief Stuttgart. Mit ihm auf der Bühne saßen neben der Initiatorin Bärbel Falkenberg-Bahr auch die beiden Landtagsabgeordneten Tobias Wald (CDU) und Gabriele Reich-Gutjahr (FDP). Gleich zu Beginn zeigte Unterreiner auf, wie sich die prekäre Lage noch verschärfen könnte: „Wenn in ein paar Jahren die Generation der Babyboomer in den Ruhestand geht und

von Jüngeren ersetzt werden muss, entsteht ein zusätzlicher Bedarf an Wohnraum, da die Rentner kaum wegziehen werden.“ Antworten darauf zu finden, sei Aufgabe der Politik, pflichtete Reich-Gutjahr ihm bei: „Bei Bosch in Feuerbach arbeitete man früher im Dreischichtbetrieb, teilte sich also die Fläche. Heute haben sich viele Jobs in Büros verlagert, was mehr Platz braucht.“ Die Arbeitswelt habe sich massiv verändert, dadurch auch die Ansprüche an den Wohnungsmarkt. So sei etwa der Bedarf nach Wohnen auf Zeit deutlich gestiegen, die Arbeitnehmer heute viel mobiler als früher.

Von der Unternehmerin Falkenberg-Bahr wollte der Moderator wissen, wie es überhaupt gelingen könne, bis 2025 insgesamt 500 000 neue Wohnungen im Südwesten zu schaffen, wie es die Politik bisweilen als Ziel ausgegeben hat? „Wir brauchen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene wieder mehr eine Kultur des Wollens“, forderte sie. Schließlich würden viele Entscheidungen beim Bau von Wohnraum auf den Rathäusern getroffen, die aber alle unterschiedlich Entscheidungswege hätten. „Bei manchen Kommunen klappt es gut, bei anderen weniger gut.“

CDU-Politiker Tobias Wald wehrte sich gegen die landläufige Meinung, nach der „die Makler immer die Bösen sind“. Es gebe schließlich schwarze Schafe auf beiden Seiten. An einem Beispiel aus seiner Heimat Bühl zeigte sich, wie verzwickelt die Interessenslage bei der Nachverdichtung häufig sei: „Ein Landwirt wollte eine wichtige Fläche nicht hergeben, obwohl ein Bauträger dort dringend benötigte Wohnungen bauen wollte.“ Letztlich sei man nur durch einen runden Tisch, an dem auch ein Vertreter des Landwirtschaftsamtes saß, weitergekommen.

Bürgerentscheide bereiten Sorgen

Moderator Unterreiner wollte abschließend von den Diskutanten wissen, warum die Entwicklung heute vielerorts so zäh sei, wengleich man in Deutschland nach dem Krieg es geschafft hätte, schnell viel Wohnraum zu bauen? FDP-Frau Gabriele Reich-Gutjahr führte das auf die veränderte Gesellschaft zurück: „Heute haben wir eine wohlstuierte Bevölkerung, die es sich zum Teil leisten kann, Wohnungen einfach leerstehen zu lassen.“

Als gefährlich bezeichnete der Landtagsabgeordnete Tobias Wald den Trend, Entscheidungen über Bauflächen der Bevölkerung zu überlassen. Das habe beispielsweise dazu geführt, dass in Berlin auf dem Gelände des ehemaligen Flughafen Tempelhof „keine Wohnungen gebaut werden, sondern Grünland entsteht.“ Vor allem grün regierte Städte wie Tübingen täten sich schwer, neues Bauland auszuweisen – mit negativen Folgen auch für den sozialen Frieden in einer Stadt.

Am Ende meldeten sich aus dem Publikum lokale Stadträte zu Wort, unter ihnen Hans-Dieter Schühle, Vorsitzender der CDU-Fraktion in Böblingen. Er verwies auf die Verantwortung gegenüber den Bürgern, die manche Entscheidungen erschwere: „Es gibt doch immer ein Für und Wider und als Gemeinderat haben wir auch eine Vorbildfunktion.“ Die Abwägung der Interessen sei wichtig, da etwa Nachverdichtung zwar notwendig sei, aber vor Ort meist unpopulär.

„Wir brauchen eine Kultur des Wollens.“

Bärbel Falkenberg-Bahr Initiatorin des Wohngipfels